

Fraktion der SPD
Landtag Nordrhein-Westfalen

Drucksache 18/15579

Schriftliche Stellungnahme zum Antrag der Fraktion der SPD: „NRW muss funktionieren-Wirtschaftsstandort NRW und deinen Arbeitsplatz sichern“

I. Ausgangspunkt und Maßstab

Diese Stellungnahme folgt einem klaren ordnenden Maßstab: Eigentum ist die Grundlage jeder wirtschaftlichen Tätigkeit und jeder tragfähigen sozialen Ordnung. Entscheidungen über Arbeit, Investitionen und Produktion können nur dann dauerhaft verantwortungsvoll getroffen werden, wenn diejenigen entscheiden, die auch die Folgen ihres Handelns tragen. Politische Eingriffe, die Ergebnisse sichern oder vorgeben wollen, lösen diese Verbindung systematisch auf.

II. Arbeit, Arbeitsplätze und politische Sicherungsversprechen

Der Antrag stellt den Verlust von Arbeitsplätzen in den Mittelpunkt und leitet daraus einen politischen Handlungsanspruch ab. Dabei wird übersehen, dass Arbeitsplätze keine eigenständigen Schutzgüter sind, sondern das Ergebnis freiwilliger Vereinbarungen zwischen Eigentümern von Arbeitskraft und Kapital. Politische Sicherung bestehender Arbeitsverhältnisse verfestigt Strukturen, die sich wirtschaftlich nicht mehr tragen, und verhindert die Entstehung neuer Beschäftigung.

III. Aktive Wirtschaftspolitik und Verantwortung

Die im Antrag geforderte aktive Wirtschaftspolitik verschiebt Entscheidungen von Eigentümern auf politische Ebenen. Kapital orientiert sich dadurch zunehmend an Förderbedingungen statt an Marktsignalen. Fehlentscheidungen bleiben folgenlos für die Entscheidenden, während die Kosten vergesellschaftet werden. Dies schwächt Innovationskraft und Anpassungsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts.

IV. Transformation und Zweckbindung von Eigentum

Transformation wird als politisch zu gestaltender Zielzustand beschrieben. Damit verliert Eigentum seine Funktion als frei verfügbares Entscheidungsinstrument und wird zum Mittel politischer Zwecksetzung. Langfristige Investitionen werden unsicher, da politische Zielvorgaben wandelbar sind. Wirtschaftliche Erneuerung entsteht jedoch nicht durch Vorgaben, sondern durch Offenheit, Wettbewerb und Haftung.

V. Klima, Zielwerte und rechtliche Grenzen

Abstrakte Klimaziele werden im Antrag als Begründung für weitreichende Eingriffe herangezogen. Klima beschreibt jedoch einen statistischen Naturzustand und kann keine eigenständige Rechtsgrundlage für Eigentumseingriffe darstellen. Legitimes staatliches Handeln setzt konkrete, nachweisbare Eigentumsverletzungen voraus. Wird diese Grenze aufgegeben, entsteht ein dauerhaftes Regulierungsrisiko.

VI. Subventionen, Fonds und Förderbedingungen

Transformationsfonds und bedingte Förderungen entkoppeln Entscheidung und Haftung. Investitionen erfolgen nicht mehr aufgrund unternehmerischer Überzeugung, sondern aufgrund politischer Vorgaben. Standorttreue und Beschäftigungssicherung als Förderbedingungen schränken Eigentumsrechte faktisch ein und mindern die notwendige Flexibilität wirtschaftlichen Handelns.

VII. Schlussbemerkung

Eine widerstandsfähige Wirtschaftsordnung entsteht nicht durch Sicherung, Steuerung oder Verwaltung, sondern durch Vertrauen in freie Entscheidungen unter klaren Haftungsregeln. Eigentum, Vertragsfreiheit und Verantwortung bilden das Fundament nachhaltigen Wohlstands.

Dieses Plädoyer richtet sich daher nicht gegen Wandel, sondern gegen seine politische Überformung.

VIII. Fazit

Und diese marktwirtschaftlichen Grundsätze missachtet der Antrag der SPD.

Thorsten Scheller-Timreck

]